

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhändler und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pfennige. — Preis für den Abnehmer 1 Mark 20 Pfennige. — Preis für den Abnehmer 1 Mark 20 Pfennige.

Bestellungen nehmen die Buchhändler und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pfennige. — Preis für den Abnehmer 1 Mark 20 Pfennige. — Preis für den Abnehmer 1 Mark 20 Pfennige.

Telegramme: Lageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 85

Freitag, den 12. April 1929

24. Jahrgang

Vermeidung der Krise

Das Zentrum stellt drei Reichsminister

Entschlüsse der Reichsregierung

Die Reichsregierung trat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer eingehenden Aussprache über die gegenwärtige politische Lage zusammen. Sie kam einstimmig zu folgenden Entschlüssen:

„Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage und insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz ist eine aktionsfähige Regierung in Deutschland das unabweisbare Erfordernis. Die Reichsregierung wird daher ihre ganze Kraft daran setzen, daß die Grundlagen der deutschen Staatswirtschaft nicht erschüttert werden und deshalb insbesondere der Reichshaushaltsplan 1929 alsbald im Reichstag zur Verabschiedung gelangt.“

Zu diesem Zweck bekräftigt die Reichsregierung ihren bereits am vergangenen Sonntag nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten gefaßten Beschluß, unter Rücksichtnahme ihrer Bedenken auf den Boden der Vorschläge zu treten, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart worden sind. Für die Durchführung der so zustande gekommenen Vorschläge, einschließlich derjenigen für den Haushalt des Reichswehrministeriums, wird die Reichsregierung sich geschlossen einsetzen.

Die Reichsregierung erwartet, daß die vorgenannten Fraktionen des Reichstages sie in dieser Arbeit unterstützen und etwaigen Anträgen auf wirksame Streichungen über die genannten Vorschläge hinaus oder auf höhere Ausgabenbewilligungen den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen werden. Sie erwartet weiter, daß zur Bewährungsleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur im gegenseitigen Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.

Auf dieser Grundlage wird die Reichsregierung mit den oben genannten Fraktionen des Reichstages in Verbindung treten, um durch sorgfältige engste Fühlungnahme die Erreichung dieser politischen Ziele zu gewährleisten. Sie wird gleichzeitig die von ihr angestrebte Erweiterung des Reichskabinetts ohne weiteren Verzögerung in die Wege leiten.“

Die vorstehenden Entschlüsse der Reichsregierung wurden vom Reichskanzler den Partei- und Fraktionsführern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei übermittelte und von ihnen den betreffenden Reichstagsfraktionen unterbreitet. Sämtliche Reichstagsfraktionen billigten die Entschlüsse der Reichsregierung und erklärten sich bereit auf dieser Grundlage die Regierung zu unterstützen.

Der Reichskanzler wird über das Ergebnis dieser Beratungen dem Reichspräsidenten Vortrag halten und hierbei zugleich Vorschläge für die Erweiterung der Reichsregierung machen.

Ein „Gentlemen-Abkommen“

Die „Voss. Ztg.“ meldet: Zwischen Reichskabinetts und den Fraktionsführern ist eine Art „Gentlemen-Abkommen“ abgeschlossen worden auf der Basis der Vereinbarungen, die über den Etat und das Sparprogramm getroffen worden sind. Die Parteien verpflichten sich, auf der Basis ihrer Vereinbarungen zu bleiben, keine weitergehenden Anträge auf Streichungen von Etatspositionen zu stellen — das bezieht sich auf die zweite Baurate für den Panzerkreuzer — und im übrigen Anträge nur nach gegenseitigem Einvernehmen einzubringen, also keine koalitionsmäßige Bindung, auch kein interfraktioneller Ausschuß, trotzdem aber ein enges Zusammenarbeiten. Wenn das Zentrum zustimmt, wird die Ernennung der drei neuen Zentrumsminister noch heute erfolgen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß am Mittwoch Abend einstimmig, dem Reichskanzler als Mitglieder der Reichsregierung vorzuschlagen den Abgeordneten von Guérard für das Reichsjustizministerium, den Abgeordneten Siegerwald für das Verkehrsministerium und den Abgeordneten Dr. Wirth für das Ministerium für die besetzten Gebiete.

Die Vorgeschichte der Regierungsentschließung

Mit Ihrem Beschluß, an ihrer bisherigen Stellungnahme gegen den Panzerkreuzer A zu verharren, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Dienstagabend eigentlich ihren Reichskanzler Müller gestützt. Besser als es der Öffentlichkeit bekannt war, wußten die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß ein Kabinettsschluß vorlag, der ausdrücklich von Reichskanzler Müller gebilligt war, der eine Verhinderung der Wiederholung der ungeliebten Panzerkreuzerfrage des letzten Jahres vorsah und gewährleisten sollte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kümmerte sich in ihrer Weisheit um diesen Kabinettsschluß, der ihre eigenen Minister hand und binden sollte nicht im mindesten.

Der kranke Reichskanzler Müller war darüber so erobert, daß er sich sofort zu dem Reichspräsidenten begeben und sein Rücktrittsgesuch abreichen wollte. Dank des energischen Eingreifens des Reichsaußenministers Dr. Stresemann und der ersten Vorstellungen, die er hinsichtlich der außenpolitischen Rücksichtungen im gegenwärtigen Stadium der Pariser Verhandlungen machte, ist der Rücktritt des Kabinetts unterblieben. Die Fraktionsführer erklärten sich damit einverstanden. Damit war aber die Krise noch keineswegs gelöst. Auch die Fraktionsführer vom Dienstagabend führten nicht weiter.

Die Grundlage zur Einigung wurde erst in der Kabinettssitzung vom Mittwoch mittags gefunden, in der die neue erste politische Lage eingehend durchgesprochen wurde. Als dann um 1 Uhr die Fraktionsführer beim Kanzler erschienen, konnte Reichskanzler Müller ihnen die obige Erklärung unterbreiten.

Der letzte Schritt auf dem Wege zur Großen Koalition?

Die Berliner Presse zu der neuen Reichsregierung

Die Blätter der in dem erweiterten Reichskabinetts vertretenen Parteien sehen in der Bildung der neuen Reichsregierung die letzte Etappe auf dem Wege zur großen Koalition. Der „Vorwärts“ (10.) nennt die Regierung bereits ein Kabinetts der großen Koalition und sagt: „Eine koalitionsmäßige Bindung besteht allerdings zunächst nur für das Allerhöchste und Wichtigste, die Verabschiedung des Etats. Hält jedoch das Kabinetts bei dieser Probe zusammen, so wird man sich später auch noch über andere Dinge verständigen können.“ Bemerkenswert in dem Kommentar des „Vorwärts“ ist noch die Feststellung, daß die sozialdemokratische Fraktion sich gestern nicht versammelt hat, und daß der am Dienstag von ihr gefaßte Beschluß selbstverständlich in Kraft bleibt.

Die „Vossische Zeitung“ (dem.) schreibt: „Politisch gesehen, ist die große Koalition in Wirklichkeit da, sie hat sich im Reichstag etabliert, wenn sie auch vorläufig ihr incongnitum wahr.“ — Das „Berliner Tageblatt“ (dem.) weist darauf hin, daß die Parteien der großen Koalition wieder in der Regierung vereinigt sind und erklärt: Das Weitere wird sich finden.

In der „Germania“ (Ztr.) wird ausgeführt: „Für das Zentrum ist das Entscheidende, daß die neue Regierung einen auf weitgehenden Bindungen beruhenden Mehrheitswillen zum Ausdruck bringt. Diese unverzichtbaren Bindungen erstrecken sich zunächst auf die Bewilligung des Etats, und zwar beruht, daß die Regierungsparteien die Verpflichtung eingegangen sind, allen Anträgen auf Ausgabenvermehrung oder agiotatorische Streichungen einen geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Das Reichskabinetts wird sich gemäß seinem gestrigen Beschluß geschlossen für die Durchführung des von den Sachverständigen unterbreiteten Finanzprogramms einsetzen. Das bedeutet, daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister die zweite Rate des Panzerkreuzers bewilligen werden. Es ist Sache der Sozialdemokratie, wie sie sich als führende Regierungspartei mit dem eigenartigen Schauspiel abfinden wird, daß sie in dieser Frage anders stimmen wird als die von ihr gestellten Minister.“ Zu dem Eintritt dreier Zentrumsminister in das Reichskabinetts sagt das Blatt: „Für die Bedeutung, die das Zentrum seiner neuen verantwortlichen Stellung zumißt, sprechen die Persönlichkeiten, die es dem Reichskanzler als Minister in Vorschlag gebracht hat.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (D.A.Z.) spricht zwar von einer Koalition, die alle Merkmale der Verbrüderung, der Verlogenheit und der inneren Widersprüche enthält, bezeichnet sie aber doch als einen Fortschritt gegenüber der unzulässigen, unmöglichen Fortdauer des bisherigen Zustandes. Dadurch, daß die Deutsche Volkspartei sich trotz allem über Hemmungen und schwere Bedenken hinweggesetzt habe, habe die Regierung eine große Chance erhalten, und es liege an ihr, aus dem gegenwärtigen „Zweckverband der Parteien“ etwas Brauchbares zu machen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ (Dntz.) sagt: „Es handelt sich nur um eine Koalition zur Durchführung des Reichshaushalts, wobei man freilich annehmen kann, daß sie jedenfalls bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen bestehen wird.“

Staatskrisis in Polen

Kranke Staatsmänner — Der kritisierte Sejm

Die polnische Ministerkrise hat noch immer keine Lösung gefunden. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß sie sich in den letzten Tagen zur Staatskrise ausmachte und einen außerordentlich rührenden Charakter trägt. Das Kabinetts Barcel hat amtlich seinen Rücktritt längst angezeigt, ist aber auf Wunsch Marschall Piłsudski vorläufig im Amt geblieben.

Die letzten polnischen Wahlen vom März 1928 brachten dem Regierungsbündel nicht die gewünschte Mehrheit. Die Anhänger Marschall Piłsudski und jene des Ministerpräsidenten Bartel brachten es auf rund 130 Sitze, während die Opposition über nicht weniger als 444 Sitze verfügte. Diese Opposition ist zwar in sich sehr gespalten, hat aber doch in den letzten Wochen klar bekundet, daß sie die Verfassungsreform, wie sie Marschall Piłsudski wünscht, nicht zu billigen gewillt ist. Wenn sich Ministerpräsident Bartel gleichwohl so lange im Amt halten konnte, ohne sich das Mißtrauen des Sejms zuzuziehen, so geschah es lediglich auf das große Ansehen hin, das Marschall Piłsudski in Polen genöß.

Ist hierin in letzter Zeit nicht ein Wandel eingetreten? Oder wird Marschall Piłsudski selbst die Nachfolgerschaft von Bartel antreten? Die ganze politische Welt weiß längst, was der Sonntagsbrief des Marschalls bestätigt, über den wir unten kurz sprechen, daß sein Gesandtschaftsstand ihm nicht erlaubt, außer der Kontrolle des Kriegsministeriums auch noch die Führung des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Der zurückgetretene Ministerpräsident Bartel seinerseits, der schon mehrere Male seinen Rücktritt in Aussicht gestellt hatte, führt gleichfalls Gesandtschaftsgründe dafür an, daß er nicht mehr das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen vermag.

Der Sejm hat vor seiner Vertagung den polnischen Staatshaushalt ordnungsgemäß verabschiedet, aber an der Regierungsvorlage, die eine gründliche Verfassungsreform anstrebt, eine so scharfe Kritik geübt, daß normaler Weise die Wünsche und Forderungen Marschall Piłsudski von diesem Sejm nicht erfüllt werden können. Für ein demokratisches Volk ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der polnische Sejm es ablehnt, politischen Selbstmord zu begehen. Marschall Piłsudski war aber wesentlich anderer Auffassung.

Am letzten Sonntag stellte er nämlich zum Preis von je 700 Loty etwa anderthalb Duzend regierungsfreundlichen Blättern einen Artikel zur Verfügung, der an Kritik des Sejms bei weitem alles in den Schatten stellt, was man bisher von den Gegnern und Feinden der polnischen Volksovertretung zu hören bekam. Die Abgeordneten erinnern sich hastig an einen Tiergartenwölfer Affen, das man da, die alle ihre Bedürfnisse öffentlich erlabigen und sich nicht einmal bemühen, menschenähnlich zu sein. Die Wölfe im Sejm haben keine Ehre, ihr Berechtigungsgefühl steht viel tiefer als bei den Kammbalzen. Man hört da Schmeicheleien an die Adresse der Abgeordneten wie Niederträchtigkeit, Unzucht, Ehrlosigkeit, Verräterei, Korruption, Spionagetätigkeit der Abgeordneten und erzählt, daß man die Stimme eines polnischen Abgeordneten für weniger als 50 Loty kaufen könne, auch kommt das Wort Sch... öfter vor. Der Marschall bedauert lebhaft, zu krank gewesen zu sein, um den Sozialistenführer Siebermann, diesen „Vandalen“ öffentlich auf dem Sejm-Ofen vorzuführen zu können. Es ist kaum wiederzugeben, was der Marschall über diesen Abgeordneten sagt: „Der Hauptton dieser feindlichen Oper (Sejm), ein Siebermann, scheint mir wie ein Faktir, der so schnell herumwirbelt, daß man seine Weine nicht mehr und nur die Schöpfung des Advokatenfracks klattern sieht über seinem Bauch und dem entgegengesetzten Körper, wobei er keine Baggelchen aus der Fresse und anderen Körperöffnungen ausläßt und damit jongliert.“

Marschall Piłsudski hat seinem Artikel den Titel gegeben: „Die Entdrückung eines kranken Mannes von der Budgetsession im Sejm“. Die polnische Oppositionspresse, die aus naheliegenden Gründen sich größter Zurückhaltung befleißigt, um den gereizten Feldmarschall nicht zum Außersich zu treiben, ist einmütig der Auffassung, daß diese Auslassungen in der Tat die Leistung eines kranken Mannes bilden. Die Nationaldemokraten fanden sogar den Mut zu einer Entschuldig, die wörtlich lautet: „Die Auffassung des Kriegsministers ist, wie es in ihrem Titel auch heißt, von einem kranken Manne geschrieben und erfordert wegen der Form ebenso wie wegen des Inhalts keine Beantwortung. Der Parteivorstand glaubt jedoch, daß die Veröffentlichung des Artikels allein schon dem Ansehen des Staates schweren Schaden zugefügt hat. Die Regierung wird deshalb hierfür zur Verantwortung gezogen werden müssen. Unter der Hand ist die Sprache der schwer beleidigten Sejm-Abgeordneten begreiflicherweise weit erregter und maßloser.“

Nachdem sich die Polen von dem ersten Schrecken des Sturmangriffs Piłsudski auf den Sejm erholt haben, fragen sie sich allgemein, was denn mit ihm bezweckt wurde. Marschall Piłsudski lebt in seinem Artikel der Auffassung: „Vielleicht wird der Sejm, wenn man ihm mit entsprechendem scharfen Instrumenten zu Liebe gehen wird, etwas Scham und Verstand lernen.“ Die meisten polnischen Blätter ziehen daraus den Schluß, daß ein äußerst scharfer Regierungskurs gegen den Sejm unmittelbar bevorsteht. Im Verfolg davon wird damit gerechnet, daß in den nächsten Tagen eine der Oberstengruppe nachstehende Regierung der starken Hand in Erscheinung treten wird. Bezieht dies, dann ist mit schweren innerpolitischen Kämpfen zu rechnen, zumal eine Reihe von Oppositionsparteien, vornehmlich die Sozialisten, erklären, daß sie den bevorstehenden Föderationskurs des